



VERLÄNGERUNG DER LEBENSARBEITSZEIT

Stellungnahme der GdP

Auszüge aus der Stellungnahme der GdP zur Änderung des § 208 LBG:

Die Gewerkschaft der Polizei lehnt die Änderung des § 208 LBG ab.

Die Regierungsfractionen begründen ihren Gesetzentwurf mit der **Behauptung**, dass es eine Vielzahl von Funktionen und Aufgabenbereichen bei der Polizei gebe, mit deren Wahrnehmung keine gegenüber anderen Berufsgruppen höheren Anforderungen an die physische und psychische Leistungsfähigkeit verbunden wären. Dazu werden in der Begründung vier Arbeitsbereiche genannt. Man will den Eindruck erwecken, dass damit die meisten Funktionen und Aufgabenbereiche der Polizei – außer dem Wechselschichtdienst – beschrieben wären. Dabei wird verkannt, dass die weit überwiegende Anzahl von Funktionen dem operativen Bereich zuzurechnen sind.

Wir belegen dies mit nachstehender Auswahl von Funktionen, die zu jeder Zeit von uns erweitert werden kann:

● Beamte und Beamtinnen des Spezialeinsatzkommandos SEK:

Sie werden immer dann eingesetzt, wenn es gilt, Schwer- und Gewaltverbrechern habhaft zu werden und besonders gefahrgeignete Situationen zu bewältigen. Zu jeder Tages- und Nachtzeit – nur ein Schreibtischjob?

● Beamtinnen und Beamte des Mobilen Einsatz-Kommandos MEK:

Sie werden immer dann tätig, wenn es gilt, schwerste Verbrechen aufzuklären, zu verhindern und unter Einsatz ihrer Gesundheit und ihres Lebens Täter festzunehmen. Zu jeder Tages- und Nachtzeit – nur ein Schreibtischjob?

● Beamtinnen und Beamte der Mordkommissionen:

Sie werden immer dann eingesetzt, wenn es gilt, in Todesfällen zu ermitteln. Ermordete Frauen, Kinder, psychisch sehr belastend, zu jeder Zeit, auch an Wochenenden – nur ein Schreibtischjob?

● Beamtinnen und Beamte im Bereich der Sexualstraftaten:

Sie werden immer dann tätig, wenn Frauen und Kinder gequält und misshandelt wurden. Immer bereit, diesen Opfern zu helfen, die Täter zu überführen. Bis an die Grenze der Belastbarkeit. Immer auch nachts und an Wochenenden – nur ein Schreibtischjob?

● Beamtinnen und Beamte der Verkehrserziehung

Sie helfen den Kindern im Umgang mit den Gefahren des Straßenverkehrs. Sie versuchen die Zahl der bei Unfällen getöteten und verletzten Kinder zu senken. Bei jedem Wetter auf den Schulhöfen, Winter und Sommer. Besuche der Elternabende und Schulveranstaltungen bis in den späten Abend – nur ein Schreibtischjob?

● Beamtinnen und Beamte in den Einsatzhundertschaften der Bereitschaftspolizei:

Sie werden das ganze Jahr eingesetzt, um Demonstrationen und Castortransporte zu schützen, Vermisste und Leichen zu suchen, den Wechselschichtdienst zu unterstützen (nur so bleibt dieser funktionsfähig), zu Krawallen in Berlin, München oder Hamburg, bei jedem Wetter, zu jeder Tages- und Nachtzeit, kaum ein freies Wochenende – nur ein Schreibtischjob?

Was ist mit den Sachbearbeitern im Erkennungsdienst, den Piloten der Hubschrauberstaffel, den Bezirksbeamten, den Einsatzbeamten in den Rauschgiftkommissariaten, den Bootsführern der Wasserschutzpolizei, den Verdeckten Ermittlern im Einsatz gegen Organisierte Krimi-

nalität und, und, und? Alles nur Schreibtischjobs? Alles nur Aufgaben, die sich lediglich durch die Rechtsmaterie von Verwaltungstätigkeiten unterscheiden? Alles kein Wechselschichtdienst, aber immer auf Abruf bereit. Die psychischen und physischen Belastungen beispielsweise durch Konflikte, Ärger, Feindseligkeiten sowie eine überwiegende Fremdbestimmung erschöpfen sich bei der Polizei eben nicht in der Tatsache, dass Wechselschichtdienst verrichtet wird. Die Grenzlegung bei „mindestens 25 Jahre Wechselschichtdienst“ ist zudem absolut willkürlich und in keiner Weise medizinisch begründet.

Laufbahzugehörigkeit als Kriterium

In den oben skizzenhaft aufgeführten Aufgabenbereichen sind Polizistinnen und Polizisten aller Laufbahngruppen eingesetzt, also mittlerer, gehobener und höherer Dienst. Dies allein zeigt schon die Unhaltbarkeit der nach Laufbahnen gestaffelten Verlängerung. Zudem ist zu berücksichtigen, dass die Führungskräfte der Polizei in ihrer Laufbahn regelmäßig viele dieser belastenden Funktionsbereiche ausgeübt haben. Sie verrichten darüber hinaus ebenfalls Bereitschaftsdienste und sind, beispielsweise als Inspektions- oder Direktionsleiter häufig außerhalb üblicher Bürozeiten, als Einsatzleiter mit besonderer Verantwortung gefragt. Sie müssen in Sonderlagen wie Raubüberfällen, Geiselnahmen, Erpressungen, Mordfällen oder besonderen Schadensereignissen vor Ort Ermittlungen und Einsatzgehehen leiten.

Die Einschätzung, dass alle operativen Kräfte der Polizei einer besonderen Gefährdung unterliegen, wird durch die Ver-

sicherungswirtschaft belegt, denn beim Abschluss von Lebens- und Unfallversicherungen wird ein Risikozuschlag erhoben, welcher sich durch höhere Beiträge ausdrückt.

Erkenntnisse einer Bund/Länder-Kommission: Frühpensionierungswelle

Bereits heute steigt die Zahl der eingeschränkt dienstfähigen Polizei-beamtinnen und -beamten stetig an. Bereits heute erreichen viele Polizistinnen und Polizisten nicht einmal die besondere Altersgrenze, sondern müssen krankheitsbedingt in den vorzeitigen Ruhestand geschickt werden. Es wäre daher viel wichtiger, durch geeignete Gesundheitsvorsorge diesem Phänomen entgegenzuwirken.

Mit der Verlängerung der Lebensarbeitszeit und der gleichzeitigen Mindereinstellung ist Rheinland-Pfalz genau auf dem Weg die Frühpensionierungswelle aufzustocken. Absicht? Unter Betrachtung dieser Aussagen würde die Verlängerung der Lebensarbeitszeit unverschuldete Dienstunfähigkeit bestrafen.

Die Gewerkschaft der Polizei tritt seit Jahren dafür ein, die Ruhestandsversetzung mit dem vollendeten 55. Lebensjahr vor-

Fortsetzung auf Seite 2

GdP und PSW im Internet:

<http://www.gdp-rp.de>
<http://www.psw-rp.de>

<http://www.psw-reisen.de>

E-Mail:

gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de
psw-rp@gdp-online.de
psw-reisen-rp@gdp-online.de

Fortsetzung von Seite 1

zunehmen oder zumindest langjährige Tätigkeit insbesondere im Wechselschichtdienst zu faktorisieren. Die Einführung von Vorbeugekuren für den Wechselschichtdienst ist dringend geboten.

Übergangsregelung und Demographie

Die Übergangsregelung für die Jahrgänge 1944 bis 1947 trifft die Jahrgänge 1946 und 1947 gleich doppelt. Erstens müssen die Betroffenen länger arbeiten, ihre Lebensplanung wird massiv beeinträchtigt, und zweitens müssen sie auf die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage verzichten, weil diese Übergangsregelung aus dem Versorgungsgesetz für Beamte ab A 10 zum 31. 12. 2007 ausläuft.

In der Begründung des Gesetzentwurfes werden auch demographische Gründe für die Verlängerung der Lebensarbeitszeit der Polizei genannt. Hätten wir

mit Rentenrecht zu tun, würde die Politik sicher von Übergangszeiten in der Dimension von Jahrzehnten ausgehen.

Sachverständiger Bert Rürup hält (politisch unbewertet) aus demographischen und versicherungsmathematischen Gründen eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit um 36 Monate für erforderlich und sagt dazu: Damit müsse 2010 begonnen werden und dazu haben wir 36 Jahre Zeit. Bei Polizistinnen und Polizisten soll um 5 bzw. 3 Jahre verlängert werden; mit einer Übergangszeit von 3 Jahren!

Polizeidienst belastender denn je

Die Begründung zur Gesetzesvorlage vermittelt den Eindruck, der Polizeidienst sei – gegenüber der Zeit, in der die vorgezogene Altersgrenze eingeführt wurde – einfacher geworden. Die Steigerungswerte aus der Kriminalstatistik sprechen ihre eigene Sprache. In den 90er Jahren sind die Fallzahlen in Rheinland-Pfalz um ein gutes Drittel gestiegen. Gewaltdelikte stiegen in diesem Zeitraum zu großen Teilen um deutlich über 100%. Und dies entspricht haargenau den subjektiven Wahrnehmungen der Menschen, die in der Polizei arbeiten. Nie war die Polizei mit diesem Ausmaß und diesen Formen von Gewalt konfrontiert. Die Ermittler kommen an Tatorte, die Schlachthäusern gleichen, OK-Ermittler erhalten über Monate personalintensive Personenschutzmaßnahmen. Schutzpolizeibeamte werden privat von Leuten angegriffen, gegen die sie dienstlich eingeschritten sind.

Und der oberste Dienstherr konstatiert im Einklang mit den Regierungsfractionen, dass Polizeidienst einfacher und weniger belastend geworden ist.

Wertschätzung – ja oder nein?

Wie nirgends sonst ist erfolgreiche Polizeiarbeit das Ergebnis engagierter Einzelleistungen, die

sich zu einem Ganzen fügen. Die hohe Motivation der Polizistinnen und Polizisten rührt her aus dem Bewusstsein, Wichtiges für diese Gesellschaft zu leisten. Sie wurzelt in dem Bewusstsein, dass diese Leistung von der Bevölkerung erkannt und anerkannt wird. Demgegenüber wird die Wertschätzung der Politik von den Polizistinnen und Polizisten zunehmend in Frage gestellt.

Das vorliegende Gesetz und seine Begründung sind demotivierend. Es muss vom Tisch, um weiteren Schaden zu verhindern.

Aspekte des Arbeitsmarktes

Es liegt auf der Hand: Natürlich gibt es einen Zusammenhang zwischen Verlängerung der Lebensarbeitszeit und der Reduzierung von Einstellungen. Die Einstellung von 100 Polizeianwärter/innen kostet pro Jahr 2,5 Mio. Euro. Wir fragen uns, was es die öffentlichen Hände kostet, dies nicht zu tun. Die Vorgehensweise nach dem Motto „Opa bei der Polizei – für Enkel ist kein Job mehr frei“ ist ein arbeitsmarktpolitischer Offenbarungseid.

Schlussbemerkungen

Abschließend bleibt festzustellen, dass die geplante Verlängerung der Lebensarbeitszeit der Inneren Sicherheit abträglich ist. Unter Missachtung der Gesundheit von Polizeibeamtinnen und -beamten dieses Landes übernimmt Rheinland-Pfalz dem Diktat der leeren Kassen folgend eine unrühmliche Vorreiterrolle auf Bundesebene.

Das haben die Polizistinnen und Polizisten nicht verdient.

Sie sehen damit alle Bemühungen der Landesregierung, Versäumnisse von Vorregierungen nachzuholen, mit einem Schlag zunichte gemacht.


Durch die Änderungen des § 208 LBG werden Polizeibeamtinnen und -beamte die ihre Arbeitskraft, Gesundheit und Leben in den Dienst der Allgemeinheit gestellt haben und dadurch unverschuldet dienstunfähig wer-

den, bestraft. Sie würden im Fall der Dienstunfähigkeit mit Versorgungsabschlüssen belegt.

Entgegen anders lautender Darstellungen wurde gegenüber der GdP die Anhebung der Altersgrenze für die Polizei ausdrücklich in Zusammenhang mit den Reduzierungen der Einstellungszahlen gestellt. Dies ist aus arbeitsmarktpolitischen Erwägungen abzulehnen und widerspricht den Ergebnissen der Bund/Länder-Kommission „Eindämmung der Frühpensionierungen“.

Die Gewerkschaft der Polizei fordert die Regierungsfractionen auf, die Änderung des § 208 LBG aus dem Landesgesetz zur Sicherung der Leistungsfähigkeit der kommunalen Gebietskörperschaften und über Maßnahmen zur Entlastung des Landeshaushalts herauszunehmen.

Wir fordern von der Landesregierung, unverzüglich mit den Spitzenorganisationen im öffentlichen Dienst konkrete Verhandlungen über die Schaffung eines modernen Personalrechtes aufzunehmen. Diskussionsgrundlage dafür könnte z. B. das Papier der Regierungskommission NRW „Reform der Verwaltung“ sein.



Deutsche Polizei

Ausgabe:
Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle:
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
Internet: <http://www.gdp-rp.de>
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

Redaktion:
Jürgen Moser (v.i.S.d.P.)
Polizeipräsidium Westpfalz
67621 Kaiserslautern
Telefon (06 31) 3 69 23 13
Telefax (06 31) 3 69 23 14
E-Mail: jmoser@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-2 22
Anzeigenleiter: Michael Schwarz
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 28 vom 01. 01. 2002

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0170-6470

Anzeige

Neues Auto?

Günstige Konditionen
beim

Polizeisozialwerk
Rheinland-Pfalz GmbH
06131 - 9600920

Anzeige

Urlaubsreif?

Günstiger verreisen mit

PSW-Reisen
Rheinland-Pfalz GmbH

0 61 31/9 60 09 23

PODIUMSDISKUSSION

GdP-Aktionskette fortgesetzt!

Mit einer Podiumsdiskussion setzte die GdP ihre Aktionskette zu den Sparauflagen im Haushaltsgesetzgebungsverfahren fort. Der Landesvorstand hatte die vier im rheinland-pfälzischen Landtag vertretenen Fraktionen gemeinsam mit dem DGB nach Mainz eingeladen.

Eingeladen waren die Fraktionsvorsitzenden; entsandt wurden die Abgeordneten **Grützmacher (Bündnis 90/Die Grünen)**, **Schnabel (CDU)**, **Hohn (FDP)** und **Pörksen (SPD)**.

Die Einführungsstatements

Schirp von RPR, den Abgeordneten, Anita Schätzle (ver.di) und Ernst Scharbach (GdP) Statements ab. Anita Schätzle betonte, dass die Gesetzesinitiative schon auf Grund der handwerklichen Fehler keine Verabschiedung im

MdL Pörksen war der Auffassung, dass die Anhebung der Lebensarbeitsgrenzen für die Betroffenen akzeptabel ist. Diese beabsichtigte Veränderung ist für ihn eher eine Frage der Gerechtigkeit.

Ausdrücklich betonte er, dass die Landesregierung gerade in den letzten Jahren intensiv der Polizei in ihrer Politik einen besonderen Stellenwert einräumte. Die beabsichtigten reduzierten Einstellungszahlen um 100 pro Jahr sieht er als sehr einschneidende Frage in der Sicherheitspolitik an. **Reinhold Hohn**, Polizeisprecher der FDP-Landtagsfraktion unterstrich die Bewertungen seines Koalitionskollegen. Er forderte insbesondere eine sachliche Diskussion aus den Reihen der Polizei und der sie vertretenden Gewerkschaften. Vor dem Hintergrund der prekären Haushaltssituation und einem Anteil von 42% für Personalausgaben seien einschneidende Maßnahmen erforderlich. In seinen Beiträgen zog er auch Vergleiche zur Privatwirtschaft. Die Reduzierung der

Haushaltssituation, kann aber die Einsparüberlegungen bei der Inneren Sicherheit nicht akzeptieren. Gerade die Veränderungen der Einstellungszahlen werden mittel- und langfristig in der Polizei einschlagen wie eine Bombe! Die Polizeidichte in Rheinland-Pfalz werde durch die von SPD und FDP zu verantwortende Politik in den Keller gefahren.

Friedel Grützmacher von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sieht dies genauso. Sie vermisse seit einigen Jahren insbesondere langfristige Personalplanungen und dazu gehörende Budgetdebatten. Keine Akzeptanz findet sich in ihrer Fraktion derzeit für die großen Sonderopfer, die speziell im Polizeibereich durch die Sparauflagen der Regierungskoalition abverlangt werden.

Die Koalitionspolitiker Pörksen und Hohn wollen in ihren Fraktionen die Diskussionen zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit und der Einstellungsreduzierung führen.

Die CDU werde bei einem Wahlsieg nach den nächsten



Das Podium

hielten **Tilman Boehlkau (GEW)** und der stellvertretende Bundesvorsitzende der GdP **Hugo Müller**.

Zu Beginn der Podiumsdiskussion erhielt Hugo Müller für seinen sehr eindrucksvollen Beitrag lang anhaltenden Applaus der Veranstaltungsbesucher. Seine Kritik richtete er insbesondere gegen die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, aber auch gegen andere Rotstiftaktionen der rheinland-pfälzischen Landesregierung. Rheinland-Pfalz würde mit seiner Absicht, die Lebensarbeitszeit für Polizistinnen und Polizisten zu verlängern, eine schlimme Vorreiterrolle im Bundesgebiet übernehmen. **Die ganze GdP werde sich hiergegen wehren und die Ordnungshüter stellten sich quer!**

Mit geschickten Fragen forderte der Moderator, Michael

Landesparlament erfahren dürfte. So führen die tatsächlich zu leistenden Dienste bei der Berufsfeuerwehr dazu, dass beispielsweise die vorgesehene Anrechnung von 25 Jahren Wechselschichtdienste überhaupt nicht greifen würden. Vorwürfe an die beiden Regierungsfractionen von SPD und FDP, sie würden mit dieser Gesetzesinitiative die Polizeibelegschaft spalten, trug in der Podiumsdiskussion Ernst Scharbach vor. Unkenntnis von Polizeiarbeit und den vorhandenen Sparten der rheinland-pfälzischen Polizei kennzeichnen die Parlamentsvorlage, so Scharbach weiter. Gleichfalls sieht Ernst Scharbach auch in dieser Initiative kein Einsparpotential für den aktuellen Nachtragshaushalt. **Seine Forderung an die Politik – die Änderung der Lebensarbeitszeit für die Polizei muss weg!**



Die Zuhörer

Neueinstellungen tut allen weh, so Hohn.

Ein klares **Nein** zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit sowohl im Polizeibereich als auch bei der Feuerwehr stellte **MdL Schnabel** für die CDU fest. Natürlich sehe die CDU die schwierige

Landtagswahlen die Veränderungen der Lebensarbeitszeit bei Polizei und Feuerwehr rückgängig machen und die Einstellungszahlen nach oben korrigieren, kündigte MdL Schnabel für seine Partei und Fraktion an.

Ausbildungsaktien verkauft

„Die Polizei-Aktie: Ausgegeben für mehr Sicherheit in Rheinland-Pfalz. Mit dieser Aktion wehrt sich die Gewerkschaft der Polizei in Rheinland-Pfalz gegen die drohenden Sparmaßnahmen des Landes.“

So und ähnlich berichteten die Tageszeitungen von den Aktionen der Landes-GdP. Die Kreisgruppen waren aufgefordert, in



Positive Resonanz in Wittlich und . . .

VERABSCHIEDUNG



In den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet wurde Polizeidirektor Josef Weitershagen, Leiter der Polizeidirektion Montabaur (auf dem Bild rechts mit Ernst Scharbach). In einer Feierstunde würdigten ihn die Laudatoren als „Westerwälder Urgestein“ im besten Sinne. Polizeipräsident Klaus-Jörg Weidmann meinte, er werde seinen Rat vermissen. Nachfolger von Josef Weitershagen als Leiter der Polizeidirektion Montabaur wurde Polizeidirektor Christoph Semmelrogge.

ihren örtlichen Bereichen so genannte Polizei-Aktien an die Bürgerinnen und Bürger zu verkaufen, um diese zu informieren und um Unterstützung zu bitten.

Für den symbolischen Wert von einem Euro war jeweils eine der Aktien zu erwerben. Mit der Unterschrift auf einer Postkarte, adressiert an Ministerpräsident Kurt Beck, zeigten die Angesprochenen, dass sie die GdP in ihren Forderungen nach mehr Einstellungen bei der Polizei und Beibehaltung der Altersgrenze unterstützen.

Die Resonanz war allgemein sehr gut. Keiner der Bürgerinnen und Bürger hatte Verständnis für die Sparpolitik der Landesregierung. Viele schimpften über die

am Einsatzort erscheint, wie die Bürger sich dies wünschen. Vielmehr lassen sich Verzögerungen aufgrund der desolaten Personalsituation nicht immer vermeiden.

Ein Mann mittleren Alters war allerdings in Kaiserslautern nicht bereit, eine Aktie zu erwerben.

„Früher waren die Schutzleute noch Schutzleute, heute ziehen sie einem nur noch das Geld aus der Tasche!“, machte er seinem Unmut Luft.

Alles in allem kann gesagt werden, dass die Aktion ein voller Erfolg war. Es wäre sicherlich interessant gewesen, wenn die Landtagsabgeordneten, die demnächst über die Änderung der Lebensarbeitszeit bei der Polizei



. . . in Kaiserslautern

ihrer Meinung nach völlig verfehlte Finanzpolitik. Geld sei da, es werde nur nicht richtig ausgegeben, war die Ansicht vieler.

Überraschend war, dass auch viele junge Leute diese Meinung vertraten und uneingeschränkt hinter ihrer Polizei standen.

„Kommt ihr dann auch schneller, wenn ich euch unterstütze?“, fragte eine Frau. Dies konnte man ihr natürlich nicht versprechen, dagegen war es ein Leichtes, ihr klar zu machen, dass es an der Motivation der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten nicht liegt, wenn Polizei nicht so schnell

abstimmen müssen, vor Ort dabei gewesen wären.

Die Aussagen ihrer Wählerinnen und Wähler hätten wahrscheinlich ihr Abstimmungsverhalten nicht unerheblich beeinflusst.

So bleibt nur noch zu hoffen, dass der Fraktionszwang in der Regierungskoalition nicht stärker ist, als die eigene Überzeugung.

KG PD WORMS

GdP-Infostand beim SPD-Parteirat

Am Samstag, dem 8. 2. 2003, kamen am Vormittag in Worms im Nebensaal der Gaststätte Hagenbräu die Mitglieder des SPD-Parteirats zu einer Sitzung zusammen.

Der Saal war fastnachtlich geschmückt und die SPD-Fahne hing einträchtig in einer Reihe mit den Fahnen des Wormser Carneval Clubs, so dass der unbefahrene Betrachter durchaus rätseln konnte, welche Art von Sitzung hier gerade stattfand.

Die GdP-Kreisgruppe Worms jedoch war bestens informiert und baute einen Info-Stand im Eingangsbereich der Gaststätte auf. An diesem mussten die Parteiratsmitglieder vorbei, um zum Eingang zu gelangen.

Bei dieser Gelegenheit verteilten wir Handzettel, die spezi-

ell zur Information der Parteiratsmitglieder entworfen wurden,

und auf denen unsere Argumente gegen den geplanten Gesetzes-

entwurf der Landesregierung zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit bei Polizei und Feuerwehr dargelegt waren.

Auch wenn die meisten der Politiker nicht zu einer Diskussion bereit waren:

Wir waren präsent und haben gezeigt, dass wir nicht locker lassen!

Wir werden uns überall einmischen und unsere Position deutlich machen, bis dieser unsägliche Gesetzesentwurf vom Tisch ist.

Klemens Dehos



Bernd Becker (l.), stv. Landesvorsitzender, mit Kollegen der BG Mainz

RECHTSPRECHUNG

Sonderurlaub für Arbeiter

1. Erhält ein Arbeiter auf dem zweiten Bildungsweg die Zulassung zum Hochschulstudium, so ist das regelmäßig ein wichtiger Grund nach § 55 Abs. 2 MTArbL, für die Aufnahme des Studiums Sonderurlaub ohne Lohnfortzahlung zu beantragen.
2. Die betrieblichen oder dienstlichen Verhältnisse gestatten die Gewährung des Sonderurlaubs, wenn die vorübergehend frei werdende Stelle durch eine befristet einzustellende Ersatzkraft besetzt werden kann.
3. Für die Ausübung des dem Arbeitgeber zustehenden Ermessens ist es regelmäßig ohne Belang, ob zwischen dem Studium und der vom Arbeiter vertraglich geschuldeten Tätigkeit ein fachlicher Zusammenhang steht.
4. (BAG, Urteil vom 30. 10. 2002 – 9 AZR 426/00)

Wiedereinstellungsanspruch nach Befristung

Nach Ablauf eines wirksam befristeten Arbeitsvertrages be-

steht, sofern nicht tarifvertraglich oder einzelvertraglich etwas anderes vereinbart ist, grundsätzlich kein Anspruch des Arbeitnehmers auf Wiedereinstellung. (BAG, Urteil vom 20. 2. 2002 – 7 AZR 600/00).

Vertretungsweise Übertragung einer höher zu bewertenden Tätigkeit

Für die Beurteilung der Höherwertigkeit der einem Arbeiter vertretungsweise übertragenen Tätigkeit eines Angestellten gem. § 9 Abs. 2 MTArb ist von der tatsächlichen Einreihung des Vertreters auszugehen. Diese ist mit der Eingruppierung zu vergleichen, die bei dauerhafter Übertragung der vertretungsweise übertragenen Tätigkeiten des Angestellten auf den Vertreter vorliegen würde. (BAG, Urteil vom 26. 9. 2001 – 4 AZR 603/00).

KG BEPO WENGEROHR

Jahreshauptversammlung

Am Mittwoch, 26. Februar 2003, fand die diesjährige Jahreshauptversammlung der GdP, Kreisgruppe Bepo Wengerohr, am Standort der 2. BPA statt.

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden der Kreisgruppe Wengerohr, Kollege Achim Oehling, und die anschließenden Grußworte des stellvertretenden Landesvorsitzenden und Vorsitzenden der Bezirksgruppe Bereitschaftspolizei, Kollege Helmut Knerr, stieg man in die Tagesordnung ein.

Nach Abschluss der üblichen Formalien wurde sodann die Arbeit der Kreisgruppe innerhalb des letzten Jahres präsentiert. Hierbei wurde insbesondere abgestellt auf die momentane politische Situation sowie die Aufgaben und Aktivitäten der Kreisgruppe in diesem Sachzusammenhang. Kollege Helmut Knerr

informierte im Anschluss daran die Versammlung über die Arbeit der Bezirksgruppe Bereitschaftspolizei und den momentanen Sachstand im Hinblick auf die von der Landesregierung avisierten Einschnitte bei der Landespolizei. Den Abschluss bildete eine angeregte und umfangreiche Diskussionsrunde unter der Leitung von Koll. Helmut Knerr zu gewerkschaftspolitischen Themen unterschiedlichster Art.

Achim Oehling

Anzeige

Polizeibeamter aus Hessen
(zweigeteilte Laufbahn!)
sucht

Tauschpartner

aus Rheinland-Pfalz.

Tel.: (01 71) 2 85 96 56

Aus dem HPRP

Zur Bestrafung von 25-, 40- und 50-jährigem, unverfrorenem Abkassieren von Staatsgeldern (ehemals **Dienstjubiläen** genannt) wird zentral das Geschenk „Rheinland-Pfalz – deutsches Kernland“, eine Bild- und Textdokumentation mit einem Vorwort des Ministerpräsidenten Kurt Beck beschafft werden. Man munkelt, dies werde ein Ladenhüter.

Wichtige Erkenntnis: Der höhere Dienst ist **gesünder**, als der gehobene oder der mittlere. Erstere fehlen nur 9,24 Tage, zweitere immerhin 15,88 Tage und letztere stolze 16,93 Tage pro Jahr, errechnet das ISM. Das hat man jetzt davon.

Der Entwurf des **POG** wurde den Behörden und dem HPRP zugeleitet. Erste Frist für Vorschläge ist der 28. März. Gleiches

gilt für die Vorschläge zur Optimierung des **Beurteilungsverfahrens**.

wirtschaft zugestimmt. Ebenfalls zugestimmt wurde der neuesten Version der **Kostenstellenrech-**

einem Pilotprojekt erarbeitet werden soll.

Dem umfangreichen Antrag „**Servicemodell Polizeitechnik**“ wurde zunächst nicht zugestimmt. Es besteht weiterer Erörterungsbedarf.

Für den Betrieb der **Personaleinsatzplanung** (Flexi) wurde eine generalisierende Verfahrensbeschreibung erlassen. Dieser wurde ebenso zugestimmt, wie der Beschreibung „**Bekleidungsshop**“ im Intranet.

Nach umfangreichen Gesprächen stimmt der HPRP der Einrichtung einer zentralen **Schadensregulierungsstelle** zu.

*Dieter Kronauer (Arbeiter),
Annemarie Grindel
(Angestellte),
Ernst Scharbach (Beamte)*



Der HPRP hat der geänderten Fassung der VV Bekleidungs-

nung, die in Zusammenarbeit mit dem LDI und dem PP Mainz in

LESERBRIEF

Jammern . . .

Jammern auf hohem Niveau. Dies war die Überschrift des Leitartikels des Landesvorsitzenden der GdP Ausgabe 2/2003. Wenn es nur beim Jammern bliebe. Der Jammer hat ein Gesicht bekommen. Auf die anstehenden erheblichen Einschnitte beim Einkommen der Polizeibeamten brauche ich nicht weiter einzugehen. Sie sind satzsaft bekannt.

Schuld hat natürlich nicht die Politik, sondern die Globalisierung. Schuld sind die Steuerausfälle bei der Körperschaftsteuer. Schuld ist die hohe Arbeitslosigkeit. Alles Gottgegeben. Da kann man nichts machen. Oh doch, man könnte.

Aber eine sozialdemokratische Landesregierung und eine solche im Bund laufen wieder einmal den „Wirtschaftswissenschaftlern“ hinterher. Problemlösungen sind nach deren Meinung ganz einfach. Weg mit Kündi-

gungsschutz, Sozialleistungskürzungen, Beitragserhöhungen und Selbstbeteiligung an den Sozialkosten (Krankheit, Rente).

Freiheit der Wirtschaft, Steuerersenkungen für die Wirtschaft am besten auf Null. Endlich Abschaffung der Flächentarifverträge und Rückkehr zum Tagelöhner. Wer arbeiten will, der findet auch Arbeit, wenn auch nur zu einem geringen Entgelt, aber Hauptsache Arbeit. Einrichtung von Job-Centern (Wofür, wenn keine Arbeit da ist?). Leiharbeit über alles. Gewerkschaften sind eine Plage für das Land (Westerwelle) und überhaupt der öffentliche Dienst muss rigoros sparen. Am besten bei den Beschäftigten. Es ist doch schon lange bekannt, dass die Beamten allesamt nur ihre Privilegien genießen und ansonsten nichts leisten. Wer braucht schon Beamte. Die Polizei na gut, aber

gleich so viele. Der Bürger soll sich um seine Sicherheit doch selbst kümmern. Bürgerwehren, private Sicherheitsdienste, Hilfsbeamte könnten zumindest über die Zahl die Bürger beruhigen. Gesagt getan. Einstellungsstopp, Beförderungsstopp, Besoldungsstopp und noch eins drauf Besoldungskürzungen und Streichungen werden diese Herren schon zur Raison bringen.

Als Krönung der Sparmaßnahme wird die Lebensarbeitszeit bei der Polizei verlängert.

Sicher ist bekannt, dass viele nicht das jetzige Pensionsalter von 60 Jahren erreichen.

Aber dies ändert nichts. Wer früher geht, bekommt auch mehr an der Pension abgezogen. Das ist der eigentliche Spareffekt. Wird doch keiner so dreist sein und bis 65 Dienst tun. Dann hätte man sich ja verrechnet. Dies ist die Lage der Nation. Nichts ist es mit

dem ministerialen Leitbild der Polizei.

Niemand sieht den Menschen. Niemand erkennt Leistung an, außer mit Worten und schon gar nicht gilt, den Rahmen mitzugestalten. Hier herrscht Ordre per Mufti. Basta.

Zur Umsetzung werden Kommissionen eingesetzt, damit man denen die Schuld zuschieben kann, fall es nicht so ausgeht wie gedacht. Und die Ministerialbeamten wirken am Absägen ihres eigenen Astes auch noch mit. Das verstehe wer will. War nicht der Staatssekretär im Innenministerium von Rheinland-Pfalz einmal Polizeibeamter? Vergessen, vergangen, vorüber.

Da fällt mit nur noch der Spruch des ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Vogel ein: „Gott schütze Rheinland-Pfalz“.

*Bernd Lorentz, PI
Kirchheimbolanden*

Der neue Opel Vectra



Super Konditionen beim

Telefon: 0 61 31/9 60 09-20



Dank des Vaterlandes 4. VL-Konferenz

Der Dank des Vaterlandes ist dir gewiss oder was der Staat unter seiner besonderen Fürsorgepflicht versteht, nachdem ich ihm bereits seit 37 Jahren meine Treue als Beamter geleistet habe.

Das also ist der Dank dafür, dass man sich schlagen lassen, sich als Bulle beschimpfen, für diesen Staat oder in der Ausübung seines Dienstes fast erschossen wurde, Leichen sehen, anfassen, Todesnachrichten überbringen, Nachbarn versöhnen und als sichtbare Vertreter eben dieses Staates sehr oft für ihn die Kastanien aus dem Feuer holen musste, dass jetzt eben dieser Dienstherr hinget und streicht mal eben so alle Beförderungen, völlig ignorierend, welche Menschen mit ihren eigenen Lebensläufen und -schicksalen dahinterstehen.

Dafür scheint man ganz oben in der Hierarchie doch zu wenig sensibel zu sein, um überhaupt eine leise Vorstellung davon zu haben, wie viel an Enttäuschung, Wut und Frust sich breit macht über so viel Ungerechtigkeit und Benachteiligung. Über einen solch undankbaren Staat kommt Freude auf, der jede junge Grundschullehrerin besser besoldet wie einen im Dienst ergrauten Polizeibeamten. Ist das etwa die Wertung, wie man uns sieht?

Man komme mir ja nicht mit der zweigeteilten Laufbahn, das ist eine ausgesprochene Mogel-

packung, die nur für einen kleinen Kreis von Auserwählten ihre Gültigkeit hat, jedoch nicht für uns in der täglichen Arbeit für den Bürger, den ich immer noch gerne schützte, da dieser grundsätzlich dankbar ist...!!!

Jetzt habe ich dem Staat schon so lange gedient und muss jetzt feststellen, dass man einfach so um die einem zustehenden Früchte der Arbeit gebracht wird.

Wenn ich nicht schon zu alt wäre, würde ich einem solch undankbaren Staat den Bettel hinschmeißen, was ich mir und meiner Familie natürlich nicht antun darf.

Früher konnte man sich darauf verlassen, dass es der Dienstherr gut mit uns Beamten meinte, heute wird man nur noch beschnitten, gekürzt und bevormundet.

Das Schlimme daran aber ist: Das scheint niemanden „da oben“ zu interessieren, das scheint sie ausgesprochen kalt zu lassen, was wir fühlen oder denken, obwohl nicht wir die „Karre an die Wand gefahren“ haben, wir dürfen es nur wieder auslöfen.

Apropos, Meditationsbuch: Das werde ich dem sehr verehrten Herrn Innenminister höchstpersönlich wieder zurückschicken, da sich für mich Christsein nicht in frommen Texten erschöpft, sondern in der Tat für den Schwächeren!

Heinz Kugel

Ende letzten Jahres veranstaltete die GdP Bezirksgruppe Mainz mit den Kreisgruppen PP/PD Mainz, Rhein-Nahe und Alzey-Worms sowie den Gastkreisgruppen ZPT und LKA ihre jährliche Vertrauensleutekonferenz im IPA-Heim in Mainz am Schloss

„Jöbi“ stellte dem Gremium seine vier Mitarbeiter und Ansprechpartner für die Versicherungsberatung der Vertrauensleute vor und erläuterte die Fakten und Probleme in Bezug auf die „Riester-Rente“. „Jöbi“ gab den Vertrauensleuten einen



Aufmerksame Zuhörer

Bild: Reinert

Waldthausen. VL-Obmann Berthold Reinert begrüßte neben 32 Vertrauensleuten und Vorstandskollegen auch unseren Landesvorsitzenden Ernst Scharbach, GdP-Geschäftsführer Thomas Will und PSW-Geschäftsführer „Jöbi“ Barz. In seinem Bericht erwähnte Berthold Reinert, dass die Kreisgruppe Mainz mit derzeit 666 Mitgliedern, einen ständigen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen hat. Dies dürfte vor allem auf die Nähe der Mitglieder zum Vorstand und der täglichen Präsenz der Vertrauensleute in den Dienststellen vor Ort begründet sein. Peter Wozniak vom GdP- Partner „Sig-

Umriss über die Aufgaben und Möglichkeiten des PSW. Ernst und Thomas referierten über den aktuellen Sachstand im Hinblick auf die Haushaltslage in Bund und Land sowie über die diskutierten Absichten unserer Regierungsvertreter bezüglich der „Öffnungsklausel“ und der Länderoffensiven im Bundesrat. Im Anschluss an die Referate wurden die Themen diskutiert und bei einem Dämmeressen mit Abendessen endete die gelungene Veranstaltung. Dank an alle Kolleginnen und Kollegen, die sich aktiv in der GdP engagieren.

Berthold Reinert

RUHESTANDSVERSETZUNGEN

Roth, Gerd	PD Pirmasens	März 03
Bastubke, Joachim	PP/PD Koblenz	März 03
Haffner, Reinhold	Bepo Enkenb./Alsenborn	März 03
Wagener, Reiner	PP/PD Koblenz	März 03
Dupont, Heinz-Peter	PD Worms	März 03
Müncheberg, Peter	Bepo Mainz	März 03

STERBEFÄLLE

Bärbel Weber, Ehefr. v. Koll. Peter Heinrich Weber, PD Kaiserslautern, 41 Jahre
 Martha Wortmann, Witwe v. Werner Wortmann, PD Neuw./Altenkirchen, 83 Jahre
 Marianne Becker, Witwe von Werner Becker, PD Pirmasens, 74 Jahre
 Else Baum, Ehefr. v. Koll. Heinz Baum, PD Mayen, 75 Jahre
 Dieter Muschiol, PP/PD Mainz, 70 Jahre
 Konstantin Schroth, Bepo Mainz, 47 Jahre

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.